

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Wochl. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Insertenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10gepalt. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auktoren, unsere Zweigbüchereien und alle Postämter entgegen

Sundstagshebe der Nationalisten

„Will Deutschland ehelos werden?“

Mit derartigen Stichworten ist zur Zeit die gesamte Presse der deutschen Nationalisten angefüllt und auch die Demokraten kommen allmählich in Erziehung. Und warum das alles? Wie schon mitgeteilt, hat der französische Oberkommissar ein Auslieferungsbegehren an die Reichsregierung gestellt, das drei junge deutsche Staatsangehörige betrifft. Aus welchem Lager sie stammen, ist unbekannt, aber ihr intellektuelles Wesen kennzeichnet sich durch ihre Tat. Sie haben die Geschmackslosigkeit besessen, vor wenigen Wochen im besetzten Gebiet die Tricolore von einem französischen Offizierskasino herunterzureißen. Dann sind sie „mutig“ in das unbesetzte Gebiet geflüchtet. Die Gerichte der Besatzungsbehörden aber haben ihnen in Abwesenheit einige Jahre Zuchthaus zuerkannt. Die Strafe wurde so hoch bemessen, weil diese nationallistischen Helden wohl auch gleichzeitig die Tricolore mit sich gehen hießen. Das Urteil lautete u. a. auf **schweren Diebstahl**.

Vor einigen Wochen haben nun die Besatzungsbehörden an die Reichsregierung den Antrag gestellt, die drei Flaggenschänder an die Besatzungsbehörden auszuliefern. Wie übereinstimmend von allen maßgeblichen Stellen berichtet wird, sind die Besatzungsbehörden durchaus berechtigt, einen derartigen Antrag zu stellen, so daß also keinerlei Anlaß vorhanden wäre, darüber eine nationallistische Hehe anzufachen. Die Verhandlungen über den Antrag der Besatzungsbehörden gehen bereits seit einigen Wochen, und erst jetzt hat die nationallistische Presse von irgendeiner Stelle einen entsprechenden Tipp erlangt. Das wurde um so freudiger begrüßt, als die Zeitungsschreiber in der sauren Gurkenzeit ohnehin einige Milche haben, ihre Spalten mit entsprechend jugkräftigem Stoff auszustatten.

So wurde denn eine maßlose Hehe inszeniert, erstens um von dem Falle Lambach abzulenken, und zweitens um dem Kabinett

der „Persönlichkeiten“ etwas am Zeuge zu stinken. Bisher ist eine Entscheidung der Reichsregierung nicht erfolgt. Wie der Vorwärts berichtet, waren die französischen Regierungsstellen in Paris bis in diese Tage über den Vorfall überhaupt nicht informiert. Aber all das verhindert nicht, daß die Presse der Deutschnationalen unter Führung der Hugenbergorgane in mächtige Erregung geriet. Die Deutsche Tageszeitung, die sich weiterhin schroff gegen das Urteil im Falle Lambach gewendet hat, bemerkt, daß sich jetzt erst ergebe, „welche verheerenden psychologischen Wirkungen die Reichstagswahl vom 20. Mai im Auslande hervorgerufen habe“.

Wir kommen ganz gewiß nicht in den Verdacht, die Flaggenschändungen nationalistischer Heldenjünglinge zu verteidigen, aber wir sehen die Gefahren, die durch derartige Vorgänge immer erneuert hervorgerufen werden. Darum stimmen wir mit den Forderungen der französischen Sozialisten vollkommen überein, die nach Räumung der besetzten Gebiete drängen. Mit der Räumung des besetzten Gebietes würden derartige Vorgänge vollkommen unmöglich gemacht. Jetzt aber arbeiten sich schwarzweiße Provokateure und übereifrige Besatzungsbeamte unmittelbar in die Hand, was nur dazu führen kann, den politischen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich immer wieder zu beeinträchtigen. Selbstverständlich schreit die nationallistische Presse in den höchsten Tönen nicht nur gegen das neue Reichskabinett. Sie stellt insbesondere die Forderung auf, daß Stresemann nicht persönlich nach Paris gehen dürfe, um dort den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen, so lange nicht das Auslieferungsbegehren inhiert worden sei. Die Welt würde nichts verlieren, wenn der Pakt nicht unterzeichnet würde, noch weniger, wenn darunter Stresemanns eigenhändige Unterschrift unterbliebe. Im Interesse des Ausgleichs zwischen den beiden Ländern aber wäre zu wünschen, daß die französische Regierung den deutschen Nationalisten die Argumente für ihre Sundstagshebe aus den Händen schlüge.

Nochmals der Kellogg-Pakt

Einige Worte über sozialistische Realpolitik

K. L. In einem Monat, am 27. August, werden sich in Paris sieben oder acht Außenminister zusammensetzen, um ihre Anfangsbuchstaben unter jenes Dokument zu setzen, das während den Krieg und ihn verjüngend als Mittel der Politik aus der großen internationalen Diskussion herausgekommen ist. Bis die Oulets „paraphieren“, kommen ja noch am 5. August in Brüssel die Vertreter der sozialistischen Parteien zusammen, um über die gleichen Dinge, denen der Kellogg-Pakt dienen soll, zu beraten und, wie wir hoffen, auch etwas Konkretes zu schaffen. Es ist schon aus diesem zeitlichen Grunde angebracht, zu der Stellungnahme der sozialistischen Parteien zum Kellogg-Pakt einige Bemerkungen unter dem Gesichtspunkt zu machen, der auf dem Brüsseler Kongress wahrscheinlich auch gegenüber den ihm in diesen Spalten gestellten Aufgaben geltend gemacht werden dürfte. Unter dem Gesichtspunkt der sogenannten „Realpolitik“.

Wenn man sich unter diesem viel mißbrauchten Wort hier noch irgend etwas vorstellen soll, so zumindest doch dies: unter den gegebenen Machtverhältnissen für eine sich noch im Bestande der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haltende sozialistische Friedenspolitik so viel wie möglich herauszuholen versuchen. Da hierfür schon auf den sozialistischen Kongressen in Hamburg und Marseille sogar ganz bestimmte Programmpunkte, ja sozusagen direkte Anweisungen für die praktische Arbeit gegeben worden sind, braucht man sich hier nicht erst noch den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Forderungen zum Kellogg-Pakt denn eigentlich von den sozialistischen Parteien als Objekt einer positiven Realpolitik zu wählen seien.

So wie das Ding nun geworden ist (von den sozialen Bedingungen und der Art der imperialistischen Gegenstände, die den Charakter des Paktes auch in seiner juristischen Formulierung bestimmen haben, soll heute nicht gesprochen werden), ächtet der Kellogg-Pakt den Krieg als Mittel der Politik. Bis auf einige Ausnahmen: 1. den Verteidigungskrieg (französisch-amerikanischer Notenwechsel, in dem das „Recht auf Selbstverteidigung“ anerkannt wird); 2. den Interventionskrieg (den die Völkerbundsatzung vorsieht, die durch den Kellogg-Pakt unberührt bleibt); 3. den Kolonialkrieg (englischer Vorbehalt über die Handelsfreiheit in jenen Gebieten, deren Wohlfahrt und Unverletzlichkeit ein besonderes Lebensinteresse für unseren Frieden und unsere Sicherheit bildet); 4. den „Polizistkriege“, den Krieg ohne Kriegserklärung (also was man auf Grund besonderer Gerechtfame „um Leben und Eigentum der eigenen Bürger zu schützen“ geradewegs ohne Kriegserklärung hereinbricht, wie in China, Nicaragua usw., und „Ruhe und Ordnung“ herstellt).

Man ächtet in Paris einen Krieg, man wird bloß nicht wissen, welchen: denn die „vorbehaltenen“ erlaubten, nicht geächteten Kriege sind ja nur Umschreibungen für jeden Krieg, der mit gefundenen Sinnen überhaupt denkbar ist. Kriege um eines Weibes, willen kannte zwar der alte Homer, aber nicht das moderne imperialistische Zeitalter. Und Froschmäuse-, Ratten- oder Sängerkriege wird Herr Kellogg wohl auch nicht als ächtenswert gemeint haben.

Zu welchem praktischen Verhalten ist angesichts dieses Tatbestandes die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet? Wir wollen hier nur von ihr sprechen; aber was für sie gesagt wird, gilt entsprechend auch für die sozialistischen Parteien in den Ländern, deren Regierungen sich ebenfalls an dem Kellogg-Pakt beteiligen wollen.

Wenn die Kommunisten sich mit dem Geschrei von „Schwindel und Verrat“ begnügen und die Arbeiterschaft auf die große Weltrevolution verdrängen und für den Augenblick mit einer „analytischen“ Rede Bukharins abfinden, so ist das eine Politik fruchtloser Negation. Sie ist unehrlich, weil die Kommunisten die Faktopolitik dort als in Ordnung finden, wo Tschischerin mit bei der Partie ist (Napollner und Berliner Vertrag mit Deutschland, Vertrag mit Japan, Vertrag mit Litauen). Sie ist negativ, weil mit den reinen Anklagen die Machtverhältnisse in der Welt leider nicht verschoben werden.

Ebenfalls aber ist es negative Politik, wenn sich die Leitung der Sozialdemokratie einfach zu einem Ja und Amen zum Kellogg-Pakt entscheiden würde. Gewiß, darüber sind wir uns alle einig; auch der schönste Friedenspakt kann in Stunden, wo es ernst wird, nur den Wert eines „Fekens Papier“ haben. Aber auch die Fekens Papiere sind ideologische Widerspiegelungen der Wirklichkeit, und wie man sieht, der Kellogg-Pakt nicht einmal schlecht. Auch die beste Ausgestaltung eines Friedenspaktes, der sich im Rahmen der kapitalistischen Ordnung bewegt, darf unsere Kraft und Arbeit in der selbständigen internationalen proletarischen Friedensorganisation nicht beeinträchtigen, sondern muß sie stärken. Realpolitik zum Kellogg-Pakt treiben, das heißt doch, in ihn jene Forderungen hineinzubringen versuchen, die von den internationalen Kongressen zum Programm einer momentanen sozialistischen Friedenspolitik erklärt worden sind:

Wegfall der Einschränkungen für die vier „erlaubten“ Kriege, strenge juristische Formulierung des Art. 1

Spannung in Mexiko

SPD Mexiko City, 28. Juli (Radio).

Die Lage ist im ganzen Lande nach wie vor gespannt. Vorläufig ist weder über das Schicksal des Mörders von Obregon noch über die künftige politische Gestaltung etwas bekannt. Die offizielle Zeitung der Obregon-Partei hat neuerdings wieder die Notwendigkeit einer bedingungslosen Zusammenarbeit mit Calles betont. Ihr linker Flügel führt trotzdem einen erbitterten Kampf gegen Calles, dem unter anderem vorgeworfen wird, sich absichtlich mit den ausgeworfenen Problemen nicht zu befassen. Tatsächlich ist bereits trotz größter Ordnung, im Lande eine gewisse Schwächung des Callesregimes zu verzeichnen, die im Falle der drohenden Spaltung der Obregon-Partei zu einem neuen Unglück für das Land werden kann. Was schließlich werden wird, ist völlig ungewiß. Als provisorischer Präsident werden zur Zeit die verschiedensten Kandidaten, darunter auch Calles, genannt. Er hält sich persönlich auch in dieser Frage neuerdings außerordentlich zurück, so daß die letzte Entscheidung in den nächsten Tagen vom Kongress gefällt werden wird. Ein großer Teil der Arbeiterführer insbesondere Morones und die beiden anderen zurückgetretenen Mitglieder des Kabinetts Calles werden der Wahl voraussichtlich nicht beiwohnen. Es trifft zu, daß ihr Aufenthalt augenblicklich völlig unbekannt ist. In Kreisen der Obregon-Partei betrachtet man das als Eingeständnis der Schuld. Die Anklage gegen Morones beruht trotzdem lediglich auf teilweise völlig unbegründeten Vermutungen, wie viele Behauptungen, die in den letzten Tagen von sensationslüsternen amerikanischen Journalisten nach Amerika telegraphiert wurden und von dort ebenso unverantwortlich in die Welt hinausgeschickt worden sind. Maßgebliche deutsche Agenturen machen diesen Schwindel wieder einmal bedenkenlos mit.

Auch Kamenev wird verziehen?

LU Romno, 26. Juli.

Nachdem Sinowjew die Erlaubnis erhalten hat, sich als Mitglied der russischen Genossenschaft „Zentrososjus“ nur rein wirtschaftlich zu betätigen, hat nach Meldungen aus Moskau das Politische Bureau nunmehr auch dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und Gesandten in Rom, Kamenev, der bekanntlich eine Führerrolle in der Opposition einnahm, gestattet, sich wieder der politischen Tätigkeit zu widmen. Demnach soll Kamenev zum Mitglied des Staatlichen Zentralamtes ernannt werden, das unter der Leitung des Politischen Bureaus arbeitet. Auf diplomatischem Gebiete soll Kamenev vorläufig noch keine Verwendung finden.

Die Betrügereien im Stinneskonzern

Eine Darstellung des preussischen Justizministeriums

Die preussische Justizpressestelle teilt mit: Seit mehreren Wochen schwebt beim Untersuchungsrichter des Landgerichts I eine Untersuchung gegen mehrere Personen, die verdächtig sind, betrügerischerweise deutsche Anleihen für Altbesitz anleihen angemeldet zu haben. In die Angelegenheit ist auch ein früherer Angestellter des Hugo-Stinnes-Konzerns verwickelt. Es handelt sich um ähnliche Betrügereien mit Altbesitzanleihen, wie sie dem Bankier Kunert zur Last gelegt werden. Durch die Aufdeckung der Betrügereien ist es gelungen, zu verhindern, daß das Reich um erhebliche Summen geschädigt wird. Es besteht der Verdacht, daß weitere Betrügereien mit Altbesitzanleihen von anderen Personen vorgenommen worden sind. Die Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft I geführt und es wird gebeten, diesbezügliche Mitteilungen dorthin zu richten. Wie hierzu bekannt wird, handelt es sich bei dem früheren Angestellten des Stinneskonzerns um einen Herrn von Waldow, der jetzt in Salzburg verhaftet worden ist. Bei von Waldow soll es sich um weit größere Anleihebeträge handeln, die als Altbesitz angemeldet werden sollten, als bei dem Fall, in dem der Bankier Kunert als Mitläufer in Frage kommt. Von Waldow, der nicht Privatsekretär von Hugo Stinnes jun. war, sondern als Mitarbeiter bestimmte Aufträge und geschäftliche Transaktionen ausführte, ist schon seit mehreren Jahren aus dem Konzern ausgeschieden, und zwar bereits zu der Zeit, als die Auseinandersetzung zwischen Dr. Edmund Stinnes und den übrigen Mitgliedern der Familie stattfand. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft werden zur Zeit noch außerhalb von Berlin geführt und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Verhaftungen in dieser Angelegenheit erfolgen werden.

25—30 Millionen

SPD Berlin, 28. Juli (Radio).

In der Kriegsanleihebetrugsaffäre sind noch weitergehende Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft in Berlin gegen eine beträchtliche Anzahl sehr bekannter Persönlichkeiten der Berliner Finanzwelt ergangen, die ähnlich wie Waldow und Kunert Anleihebetrug als Altbesitz angemeldet haben. Die Finanzbehörden, von denen die Anleiheabschiebungen aufgedeckt worden sind, schätzen den Schaden, der dem Reich durch diese Betrügereien zugefügt werden sollte, auf 25 bis 30 Millionen Mark. Ob eine Schädigung des Reiches bereits eingetreten ist, oder ob es gelungen ist, die Abschiebungen noch zur rechten Zeit aufzudecken, ist bisher nicht festgestellt worden.

Das englische Unterhaus lehnte mit 249 gegen 84 Stimmen den Antrag der Arbeiterpartei auf Verwerfung der Finanzvorlage ab. Die Vorlage wurde schließlich in dritter Lesung angenommen.